

Landtag

7. Sitzung vom 16. Mai 1979

Sitzungsprotokoll

(Beginn um 16 Uhr.)

Vorsitzende: Erster Präsident Pfoch und Dritter Präsident Schweda.

Schriftführer: Die Abg. Ascherl, Elisabeth Schindler, Friederike Seidl und Margarete Tischler sowie die Abg. Ing. Kreiner, Prochaska und Dkfm. Sigrun Schlick.

Präsident Pfoch eröffnet die Sitzung.

1. LHptm. Gratz und Amtsf. StR. Dr. Zilk sowie die Abg. Zweiter Präsident Hahn, Hanke, Hermine Fiala, Gawlik, Maria Hampel-Fuchs, Rosa Heinz, Lehner, Oblasser, Rosenberger, Schneider und Schwarz sind entschuldigt.

2. In der Fragestunde werden von Präsident Pfoch die folgenden Fragen aufgerufen und von den Befragten beantwortet:

1. Anfrage (Pr.Z. 139/LM/79.) des Abg. Dkfm. Dr. Wöber an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Finden Sie es zeitgemäß, daß bei jeder freiwilligen Feilbietung unbeweglicher Sachen in Wien noch immer sogenannte „Armenprocente“ in der Höhe von 2 Prozent des Verkaufserlöses an die Gemeinde abzuführen sind und diese Bescheide heute noch nach Vorschriften ergehen, die unter Maria Theresia erlassen wurden, so zum Beispiel nach einer kaiserlichen Hofverordnung aus dem Jahre 1750 sowie einem Dekret der kaiserlichen Zentralfinanzhofkommission aus dem Jahre 1812?

2. Anfrage (Pr.Z. 147/LM/79.) des Abg. Brosch an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

In welchem Umfang verzichtet die Stadt Wien zur Förderung der Errichtung von Klein- und Mittelwohnungen auf Einnahmen aus der Grundsteuer?

3. Anfrage (Pr.Z. 148/LM/79.) der Abg. Eveline Andriak an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Werden die vor allem durch die letzte Novelle der Wiener Stadtverfassung unterstrichenen Bestrebungen der Stadtverwaltung, dem einzelnen Bürger mehr Mitbestimmung einzuräumen, durch die Bestimmungen des Wiener Ankündigungsabgabengesetzes beeinträchtigt, demzufolge etwa Aktivitäten von Bürgerinitiativen, wie Flugzettellaktionen, Plakate und Durchsagen im ORF, der Besteuerung nach diesem Gesetz unterliegen?

4. Anfrage (Pr.Z. 149/LM/79.) des Abg. Rautner an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Finanzen und Wirtschaftspolitik:

Welche Maßnahmen wurden gesetzt, um eine Ausweitung des Förderungsvolumens im Bereich der Wohnbauförderung zu ermöglichen?

5. Anfrage (Pr.Z. 144/LM/79.) des Abg. Dkfm. Bauer an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Bildung, Jugend, Familie:

Sind Sie der Auffassung, daß der Hinweis in der Informationsschrift des Stadtschulrats für Wien, wonach derjenige, der nicht an der Befragung teilnimmt, sich damit für die Beibehaltung der Sechs-Tage-Schulwoche entscheidet, der No-

velle zum Wiener Schulgesetz vom 2. April 1979 und den Erläuterungen dazu entspricht?

6. Anfrage (Pr.Z. 145/LM/79.) der Abg. Dkfm. Sigrun Schlick an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Gesundheit und Soziales:

Ist der Herr Amtsführende Stadtrat bereit, bei den zuständigen Bundesdienststellen vorstellig zu werden, um den krassen Mangel an Anästhesisten an der Universitätsklinik für Kiefer- und Gesichtschirurgie so rasch wie möglich zu beheben, damit dringende Operationen nicht wochenlang aufgeschoben werden müssen?

7. Anfrage (Pr.Z. 141/LM/79.) des Abg. Neusser an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung:

Welche energiesparenden Maßnahmen – detailliert nach Art und Höhe der Verbesserungen und in Prozent zu den Gesamtverbesserungen – wurden im letzten Jahr im Rahmen der Förderungsmaßnahmen der Wohnungsverbesserung durchgeführt?

8. Anfrage (Pr.Z. 142/LM/79.) des Abg. Dkfm. Ammann an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Wohnen und Stadterneuerung:

Welche Nachförderungen wurden bisher für die Bauteile A und B des Wohnparks Alt-Erlaa gewährt?

9. Anfrage (Pr.Z. 146/LM/79.) des Abg. Dinhof an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Straße, Verkehr und Energie:

Sind Sie bereit, auf einen beschleunigten Ausbau der Verbindung zwischen Westautobahn und Südbahn über Alland beim Bundesministerium für Bauten und Technik hinzuwirken, um dadurch eine Entlastung der Bevölkerung im Westen und Südwesten Wiens zu erreichen?

10. Anfrage (Pr.Z. 137/LM/79.) des Abg. Artold an den Landeshauptmann:

Sind Sie der Auffassung, daß die von einem Bundesstraßenprojekt in Wien betroffenen Anrainer im Sinne einer echten bürgernahen Verwaltung rechtzeitig darüber informiert werden sollen, wobei diese rechtzeitige Verständigung nicht allein in der Kundmachung durch das Amt der Wiener Landesregierung in der „Wiener Zeitung“ über die öffentliche Auflage bestehen sollte, wie dies zum Beispiel beim Projekt A 3 (Südost-Autobahn) und der A 21 (Wiener Ring-Autobahn) geschehen ist?

(Diese Anfrage wird in Vertretung des Landeshauptmannes von LHptm.-Stv. Gertrude Fröhlich-Sandner beantwortet.)

11. Anfrage (Pr.Z. 140/LM/79.) des Abg. StR. Dr. Goller an den Amtsführenden Stadtrat der Geschäftsgruppe Umwelt und Freizeit:

Ist beabsichtigt, das Wiener Feuerwehrgesetz dahingehend zu novellieren, um die derzeitige Rechtslage zu ändern, wonach jemand, der hilfsbereit und gutgläubig die Feuerwehr anfordert, trotzdem zum Kostenersatz für die Ausfahrt herangezogen werden kann?

3. (Pr.Z. 85 LA/79.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg. Dr. Krasser, Eberhardt, Mag. Kauer und Dkfm. Sigrun Schlick gemäß § 34 Abs. 1 der Geschäftsordnung eine Gesetzesvorlage betreffend gesetzliche Festlegung der Auskunftspflicht der Behörden, Ämter und Einrichtungen der Stadt

Wien eingebracht haben, und weist sie dem Ausschuß für Personal- und Rechtsangelegenheiten zu.

(Pr.Z. 86 LA/79.) Präsident Pfoch teilt mit, daß die Abg. Dr. Marlies Flemming und Prochaska einen Antrag betreffend Novellierung des Jugendwohlfahrtsgesetzes eingebracht haben, und weist diesen Antrag dem Amtsführenden Stadtrat für Bildung, Jugend, Familie zu.

Präsident Pfoch nimmt eine Umstellung der Tagesordnung vor.

Der Landtag beschließt mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit, die auf der Tagesordnung stehenden Wahlen durch Erheben der Hand durchzuführen.

4. (Pr.Z. 1357, P. 3.) An Stelle des verstorbenen Abg. Prof. Zörner wird Abg. Dr. Glatzl zum Mitglied des Immunitätskollegiums gewählt.

5. (Pr.Z. 1470, P. 5.) An Stelle der Abg. Dr. Glatzl, der um seine Abberufung aus dem Unvereinbarkeitsausschuß ersucht hat, wird Abg. Hoffmann zum Mitglied des Unvereinbarkeitsausschusses gewählt.

Berichterstatte r: Amtsf. StR. M a y r

6. (Pr.Z. 1277, P. 1.) Der Abschluß einer Vereinbarung gemäß Artikel 15 a B-VG über Vorhaben

Der Schriftführer:



in der Bundeshauptstadt Wien, an welchen der Bund und das Land Wien interessiert sind, wird gemäß § 139 Abs. 2 WStV genehmigt.

(Redner: Die Abg. Dr. Hirnschall, Dkfm. Ammann, Amtsf. StR. Nittel, StR. Dr. Goller, Wiesinger und Franziska Fast.)

(Pr.Z. 87 LA/79.) Der Beschlußantrag der Abg. Ing. Hofmann, Wiesinger, Ing. Hofstetter, Schulz und Genossen betreffend die weitere Erfüllung des Wiener Memorandums wird den Amtsführenden Stadträten für Finanzen und Wirtschaftspolitik, für Stadtplanung sowie für Straße, Verkehr und Energie zugewiesen.

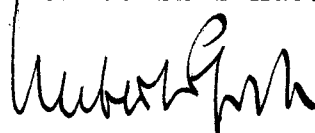
Berichterstatte r: Abg. Pelzel m a y e r

7. (Pr.Z. 1276, P. 2.) Dem Ersuchen des Landesgerichts für Strafsachen Wien, Abt. 6 b, vom 19. März 1979, GZ. 6 bE Vr 8761/78, Hv 541/78, um Zustimmung zur strafrechtlichen Verfolgung des Landtagsabgeordneten Anton Fürst wegen Verdachtes des Vergehens der üblen Nachrede gemäß § 111 Abs. 1 und 2 StGB., wird keine Folge gegeben.

8. Präsident Schweda teilt mit, daß Postnummer 4 der Tagesordnung nicht zur Verhandlung gelangt, da die durch das Immunitätskollegium vorausgesetzte Vorberatung nicht erfolgt ist.

(Schluß um 19.50 Uhr)

Der Vorsitzende:



Erster Präsident